



Heimatschutz der Notare fällt

Der Grosse Rat beschliesst, dass die staatlich geschützten Notariatstarife aufgehoben werden sollen. Das Resultat fiel denkbar knapp aus - und in der Debatte gingen die Wogen hoch.



Adrian Schmid

Die staatlich geschützten Notariatstarife seien ein «Evergreen», sagte Thomas Brönnimann (GLP, Mittelhäusern) gestern im Grossen Rat. Tatsächlich: In den letzten Jahren sind diese immer wieder Thema gewesen - und jedes Mal wurden die Angriffe abgewehrt. Patric Bhend (SP, Steffisburg) liess sich aber nicht unterkriegen, blieb hartnäckig. Nach den gescheiterten Versuchen von 2007 und 2010 ist er nun ans Ziel gekommen. Seine Motion, die eine Aufhebung des Mindesttarifs verlangt, wurde mit 67 zu 62 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Das war eine zünftige Überraschung, entstanden durch ein Zufallsmehr. Bei der letzten Abstimmung der November-Session waren längst nicht mehr alle Grossrätinnen und Grossräte im Saal vertreten. Im bürgerlichen

Lager, das in der Vergangenheit praktisch geschlossen hinter den Notaren stand, gab es zudem etliche Abwechler.

Vor der Abstimmung musste sich Bhend aber einiges an Kritik anhören. Es sei reisserisch, wenn Bhend die Notariatstarife als Wucher bezeichne, sagte Hubert Klopfenstein (FDP, Zweisimmen). «Das ist Klassenkampf, eine ewig gestrige Leier.» Peter Siegenthaler (SP, Thun) konterte und sagte, dass Klopfenstein nun noch zwei weitere Minuten das «ewig rote Geleier» ertragen müsse.

«Eine Absurdität sondergleichen»

Bhend seinerseits nannte Beispiele, auch ein extremes: Bei der Beurkundung eines Schuldbriefs in der Höhe von einer Million Franken betrage der Aufwand für einen Notar rund eine Stunde, dafür könne er eine Gebühr von 1955

Franken geltend machen. «Notare machen sich strafbar, wenn sie solche Tarife nicht verrechnen», sagte Bhend. «Für mich ist das eine Absurdität sondergleichen», sagte Michael Köppli (GLP, Bern) bezogen auf die staatlich vorgeschriebenen Mindesttarife. Ruedi Löffel (EVP, Münchenbuchsee) ortete derweil im bürgerlichen Lager ein widersprüchliches Verhalten. «Die, die weniger Staat fordern, sind nun diejenigen, die sich gegen die Regulierungsbremse wehren.»

«Man könnte meinen, jeder Notar werde innert kürzester Zeit zum Millionär», sagte auf der anderen Seite Christoph Berger (SVP, Aeschi). Gerade für Landnotare gebe es viele Fälle, die kein Supergeschäft seien. Patrick Freudiger (SVP, Langenthal) gab zu bedenken, dass das Notariatsgesetz letztmals 2005 revidiert wurde. «Das Gesetz ist noch nicht



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 340.005
Abo-Nr.: 1071426
Seite: 19
Fläche: 55'344 mm²

wahnsinnig alt». Die SVP habe keinen Bedarf, etwas zu ändern. Vor zehn Jahren wurden die Tarife auch gesenkt, die Notare sprachen damals von 10 bis 15 Prozent. Freudiger befürchtete zudem, dass die Qualität der Dienstleistungen im Falle einer Aufhebung des Mindesttarifs leiden könnte. «Wenn der Notar pfuscht, gibt es endlose Rechtsfälle.»

Der Grosse Rat hat auch noch einen zweiten Vorstoss zum Thema angenommen, jenen von GLP-Grossrat Thomas Brönnimann. Dieser verlangte nicht nur Anpassungen auf der Einnahmeseite der Notare, sondern auch Verbesserungen damit diese effizienter arbeiten und sich besser organisieren können: etwa durch die Zulassung von Notariats-Aktiengesellschaften oder eine Erleichterung des elektronischen Geschäftsverkehrs. Brönnimanns Forderungen wurden vom Rat deutlicher überwiesen als diejenige von Bhend.

Notare halten sich zurück

Und die Notare? Die drei Vertreter des Berufsstands im Grossen Rat - Peter Brand (SVP, Münchenbuchsee), Andreas Blank (SVP, Aarberg) und Samuel Leuenberger (BDP, Trubschachen) meldeten sich in der Debatte nicht zu Wort. Blank war nicht einmal anwesend. «Ich habe die Notare vermisst», sagte Brönnimann. Die Lehrer kämen noch ans Rednerpult, wenn sie von einer Vorlage betroffen seien.